

Rede des Fraktionsvorsitzenden der AWW, Jürgen Hottmann, zum Haushaltsplan 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht – endlich – der Haushalt 2010, d.h., die Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2010.

Diesem Beschluss liegt ein Haushaltsplan zugrunde, der als der schlechteste aller Zeiten in die Geschichte unserer Gemeinde eingehen wird, sieht er doch bei der laufenden Verwaltung unter Einbeziehung der Mehreinnahmen aus der Grundsteuererhöhung eine Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben von 4.400.000 € vor. Dabei hat der Gemeinderat in den vergangenen Monaten in seiner Gesamtheit und in Kommissionen schon versucht – und auch in bescheidenem Umfang erreicht – diese Lücke nicht noch größer werden zu lassen. Im Vorjahr betrug der geplante Überschuss im Verwaltungshaushalt noch ca. 2.500.000 €, so dass die Verschlechterung der finanziellen Situation zwischen 2009 und 2010 **6,9 Mio. €** beträgt. Aber das ist noch nicht alles. Im Jahre 2011 wird eine weitere negative Differenz von ca. 4 Mio. € auf die Gemeinde zukommen.

Die entscheidenden Fragen sind danach:

1. Wie konnte es zu diesem dramatischen Einbruch kommen?
2. Ist der Gemeinderat in den vergangenen Jahren seiner Verantwortung nicht gerecht geworden?
3. Was können Verwaltung und Gemeinderat tun, damit der Rechnungsabschluss 2010 nicht ganz so schlecht aussehen wird wie im Haushaltsplan dargestellt?
4. Ist Tamm finanziell gesehen am Ende?

Ich möchte versuchen, auf diese Fragen eine Antwort zu geben.

Zu 1.:

Schuld an der finanziellen Misere ist zum einen die allgemeine Wirtschafts- und Finanzkrise, die zu einem drastischen Einbruch der Steuereinnahmen führen wird, zum anderen aber auch die zu befürchtenden – aber noch nicht im Einzelnen abzusehenden – finanziellen Folgen aus den Querelen zwischen Porsche und VW.

So wird sich nach dem Haushaltsplan die Einkommensteuer um 776.000 € und die Gewerbesteuer (nach Ausgleich mit der Abführung an Bietigheim-Bissingen aus dem Zweckverband Laiern und der Gewerbesteuerumlage) um 4,6 Mio. € vermindern, zusammen um 5.376.000 €. Erschwerend kommt hinzu, dass einerseits die Kreisumlage und die FAG-Umlage und andererseits die Schlüsselzuweisungen vom Land nach den sehr guten Einnahmen des Vorjahres (also 2008) berechnet werden. Ein Ende dieser Misere ist folglich erst 2012 abzusehen, wenn die Umlagen und Zuweisungen nach dem schlechten (in Zukunft aber voraussichtlich regelmäßigen) Ergebnis des Jahres 2010 berechnet werden. Ferner verbietet § 87 Abs. 1 Gemeindeordnung die Aufnahme von Darlehen zur Deckung einer Finanzierungslücke im Verwaltungshaushalt.

Zu 2.:

Aus unserer Sicht ist der Gemeinderat in den vergangenen Jahren seiner Verantwortung zumindest im Großen und Ganzen gerecht geworden. Es war nicht vorhersehbar, dass eine derartige schwere Finanzkrise, die insbesondere von unverantwortlich handelnden Banken verursacht worden ist, auf uns einstürzen wird. Es war auch nicht vorhersehbar, dass Porsche seine Selbständigkeit verlieren und von VW aufgekauft wird.

Aus diesem Grund hat der Gemeinderat zu Recht in den vergangenen Jahren wichtige Investitionen getätigt. Ich erinnere z.B. an die mit einem hohen Millionenaufwand getätigte Sanierung unserer Schulen, die in einem Topzustand sind, an die Sanierung und den Ausbau unserer Kindergärten, nicht nur, aber auch, um den Rechtsanspruch im Jahre 2013 erfüllen zu können, an unsere Sanierungsgebiete, an die Errichtung des Bürgersaals und der Turnhalle am Alten Weg, an die Sanierung des Lehrschwimmbeckens, des Rathauses und von Straßen, an die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes und des Rathausvorplatzes, an die Verwirklichung der neuen Wohngebiete vor allem – aus städtebaulichen Gründen – im Egelsee, an die Umgestaltung des Friedhofs zur Schaffung von Urnengräbern und Urnenwänden. Trotz dieser Investitionen haben wir den Schuldenstand erheblich auf 1.781.000 € (= 147 € je Einwohner), und damit auf einen der niedrigsten Beträge vergleichbarer Gemeinden, verringert. Alle diese Maßnahmen hatten ihre Berechtigung und führten dazu, dass die Lebensqualität in Tamm erheblich gesteigert wurde. Es war in der letzten Wahlperiode das Ziel des Gemeinderats, Tamm zu einer familien- und vor allem kinderfreundlichen Gemeinde zu entwickeln. Dieses Ziel steht für die AWW nach wie vor an erster Stelle. Großzügig – und aus heutiger Sicht zu großzügig – war der Gemeinderat allerdings bei der Herabsetzung der Gebühren für die Ganztagesbetreuung. Deshalb wird sich bereits in dieser Woche ein Ausschuss mit der Höhe dieser Gebühren beschäftigen.

Vorwerfen könnte man den Gemeinderatsmitgliedern der letzten Periode, dass sie für die kommenden schlechten Zeiten keine Rücklagen gebildet haben. Mittel der allgemeinen Rücklagen dürfen nämlich nach § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung unter bestimmten Voraussetzungen, die bei uns mit Sicherheit erfüllt wären, zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts verwendet werden. Dies wäre jedoch nur möglich gewesen, bei einer

Schuldenneuaufnahme, die dann allerdings für die Jahre 2011 und 2012 bei ca. 9 Mio. € hätte liegen müssen. Dafür hätten dann bereits in den Vorjahren Schuldzinsen gezahlt werden müssen. Selbst wenn man die Guthabenzinsen für die angelegten Beträge dagegen rechnen würde, hätte sich ein höherer Aufwand von jährlich mindestens 200.000 € ergeben.

Aus dieser Sicht haben wir keine Bedenken, dass unsere Aufsichtsbehörde den Haushaltsplan 2010 genehmigen wird, obwohl wir zur Deckung der Mehrausgaben in diesem Jahr ein Darlehen von voraussichtlich 4,4 Mio. € aufnehmen müssen. So wie die Haushaltspläne der vergangenen Jahre bei einer entsprechenden Schuldenaufnahme mit Sicherheit genehmigt worden wären, muss u.E. die Schuldenaufnahme auch im Jahre 2010 genehmigt werden, wenn man die gesamte finanzielle Lage der Gemeinde Tamm in den Jahren 2005 – 2012 betrachtet. Wir sind jedenfalls überzeugt davon, dass wir richtig gehandelt haben.

In diesem Zusammenhang sollte auch der Haushaltsplan des Landkreises unter die Lupe genommen werden. Die Kreisverwaltung schlägt vor, im Jahre 2011 den Umlagesatz von 32,5 % auf 36,5 % zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung könnte der Landkreis ohne Neuverschuldung auskommen. Meiner Meinung nach hat der Landkreis jedoch auch eine Verpflichtung gegenüber den Städten und Gemeinden im Kreis. Er kann diese nicht nur zu höheren Zahlungen verdonnern. Es kann nicht sein, dass der Landkreis auf der einen Seite den Gemeinden mit Verweis auf die Gemeindeordnung untersagt, für eine Ausgabendifferenz Darlehen aufzunehmen, gleichzeitig aber den Umlagesatz kräftig erhöht, um selber keine Schulden aufnehmen zu müssen. Es muss ein gerechter Ausgleich erfolgen. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen.

Zu 3.:

Die Verbesserung der finanziellen Lage ist kurzfristig nur möglich, indem entweder

- Steuern und Gebühren erhöht oder
- Ausgaben gemindert werden.

Die Entscheidung hängt davon ab, ob die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, auf Ansprüche zu verzichten (= Ausgabenkürzung) oder ob der bisherige Istzustand gehalten werden soll (= Einnahmeerhöhung). U.E. kommt nur eine Kombination von beiden Möglichkeiten in Betracht.

Zunächst ist jedoch festzuhalten, dass die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushalts auch im Jahre 2010 den in Tamm gewohnten und vom Gemeinderat akzeptierten Weg der Vorsicht gegangen ist, d.h., die Einnahmen eher etwas zu niedrig und die Ausgaben eher etwas zu hoch anzusetzen. Eine Folge dieser Vorgehensweise ist z.B., dass die für 2009 im Haushaltsplan vorgesehene Darlehensaufnahme von ca. 726.000 € nicht erforderlich war.

Sofern die Aussagen der Wirtschaftsweisen und der sonstigen Experten eintreffen werden und bereits in 2010 ein kleiner Wirtschaftsaufschwung einsetzen wird, wäre es denkbar,

höhere Einkommen- und Gewerbesteuereinnahmen zu bekommen. Darüber hinaus sind wir felsenfest davon überzeugt, dass die Verwaltung auch und gerade in diesem Jahr bei der laufenden Verwaltung äußerst sparsam sein wird, Reparaturen nur durchführen wird, wenn sie unvermeidbar sind, um nicht in späteren Jahren ein Mehrfaches davon aufwenden zu müssen, damit die Höhe der Ausgaben um einiges gegenüber den bereits herabgesetzten Planansätzen gesenkt werden kann.

Beides wird jedoch nicht ausreichen, die Lücke von 4,4 Mio. € zu stopfen. Wir haben deshalb den Haushaltsplan noch einmal intensiv auf weitere Einsparmöglichkeiten überprüft. Dabei ist uns folgendes aufgefallen:

Im **Investitionshaushalt** sind im Vorfeld vom Gemeinderat fast alle Maßnahmen, abgesehen von der bereits begonnenen Errichtung eines zweiten Kleeblattheims, zunächst in die Jahre 2014 ff. verschoben worden. Man darf sich dabei nicht von der Gesamtsumme von 8.080.000 € täuschen lassen, denn von diesem Betrag entfallen zum einen auf die Darlehensaufnahme zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts 4.580.000 € und auf die Darlehenstilgung 226.000 €. Für reine Investitionen stehen damit 3.274.000 € zur Verfügung. Davon wiederum entfallen auf die bereits begonnene Errichtung des Kleeblattheims ca. 2 Mio. €. Der Restbetrag entfällt neben vielen kleineren Anschaffungen im Bürobereich vor allem auf den Erwerb von Fahrzeugen einschließlich einer Hubbühne für den Bauhof und den Straßenendbelag in Kernäcker Süd.

Ich möchte an dieser Stelle einmal mehr daran erinnern, dass ein Planansatz im Haushaltsplan noch lange nicht bedeutet, dass diese Anschaffung oder Herstellung auch getätigt wird. Vielmehr bedarf es in jedem einzelnen Fall eines Beschlusses des Gemeinderats bzw. des Technischen Ausschusses zur Umsetzung dieses Plans. Es besteht u.E. überhaupt kein Zweifel daran, dass der Erwerb von beweglichen Wirtschaftsgütern, wie z.B. eines Fahrzeugs nur erfolgt, wenn dies dringend erforderlich ist, das Fahrzeug also nicht mehr reparaturfähig ist. Andererseits muss die Maßnahme aber in den Haushaltsplan aufgenommen werden, damit im Bedarfsfall der Erwerb ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden kann. Gerade in diesem Zusammenhang regen wir an, sofern eine Hubbühne angeschafft werden muss, zu prüfen, ob nicht eine gebrauchte Hubbühne angeschafft werden kann. Die Anbringung des Straßenendbelags steht den Anwohnern zu und wurde auch über die Erschließungskosten von diesen bereits aufgebracht. Ein Hinausschieben kommt deshalb hier nicht in Betracht.

Bei kleineren Neuanschaffungen ist allerdings zu beachten, dass diese nach der Hauptsatzung in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters fallen. Im Vermögenshaushalt befinden sich viele kleinere Positionen für die Anschaffung von beweglichem Vermögen im Kernbereich, aber auch bei den Schulen und Kindergärten. Wir möchten diese Positionen nicht streichen, verlassen uns aber auf ihre Zusage, dass diese auf allen Ebenen nur getätigt werden, wenn es nicht mehr anders geht. Aufgefallen ist uns die Anschaffung eines Notebooks für den Personalrat für 4.050 €. Auf Nachfrage erfuhren wir,

dass unter diesen Betrag noch weitere Anschaffungen vorgesehen sind. Wir halten diese Anschaffungen nicht für zwingend im Jahre 2010 und **beantragen** deshalb, von diesem Betrag 3.050 € in die Jahre 2014 ff. zu verlagern und den Restbetrag von 1.000 € nur für eine unaufschiebbare Anschaffung zu verwenden, ansonsten auch zu verlagern.

Desgleichen **beantragen** wir, die Förderung erneuerbarer Energien von jährlich 10.000 € für die Jahre 2010 und 2011 wegen der schlechten finanziellen Situation der Gemeinde auszusetzen und erst wieder 2012 aufzunehmen.

Wir sind uns natürlich darüber bewusst, dass eine Reduzierung der Ausgaben im Vermögenshaushalt zunächst überhaupt keinen Einfluss auf den Verwaltungshaushalt hat, die Finanzierungslücke beträgt unverändert 4,4 Mio. €. Da jedoch alle Anschaffungen nur mit einem Darlehen finanziert werden können, führt dies zu Folgekosten (Schuldzinsen) in der Folgezeit.

Im Verwaltungshaushalt gibt bzw. gäbe es insbesondere folgende Einsparmöglichkeiten bzw. zusätzliche Einnahmequellen im Zusammenhang mit freiwilligen Leistungen der Gemeinde (um nicht missverstanden zu werden, ich zähle diese an dieser Stelle nur auf):

- Der Vollzugsbeamte verteilt mehr „Knöllchen“,
- Weitere Erhöhungen der Hebesätze für die Steuern,
- Erhöhung aller Gebühren, z.B. für Bestattungen, Kindergärten, Hallenbenutzung,
- Sporthallen und Sportplätze werden auch für den Trainingsbetrieb nur entgeltlich überlassen,
- Schließung Jugendhaus und Kernzeitenbetreuung,
- Streichung der Stelle einer Sozialarbeiterin,
- Schließung Kelter und Bürgersaal,
- Schließung der Bücherei,
- Keine Kultur in Tamm,
- Keine Vernissagen und Ausstellungen,
- Keine Vereinsförderung,
- Keine Zuschüsse für Streuobstwiesen,
- Kürzung der Zuschüsse für das Tierheim in Ludwigsburg,
- Abschaffung Kinderferienprogramm und Altennachmittage,
- Beteiligung an „Grüner Nachbarschaft“ wird beendet,
- Keine Unterstützung für Unterricht in der Musikschule,
- Laufende Ausgaben für Schulen und Kindergärten werden gekürzt,
- Beschäftigung von Betreuerinnen im Kindergarten nur in der Mindestzahl
- Straßenbeleuchtung erfolgt nicht während der ganzen Nacht,
- Straßenreinigung nur noch im Bedarfsfall (dies ist bereits beschlossen),
- Streichung Wochenmärkte,
- Keine Weihnachtsbäume,

- Kein Zusatzprogramm und kein Busverkehr beim Fleckenfest,
- Streichung Mitgliedsbeitrag an Krankenpflegeverein und Sitzwachengruppe,
- Einschränkung der Leistungen der Mitarbeiter vom Bauhof (insbesondere im Bereich der Gärtneranlagen),
- Streichung des Zuschusses für den Betriebsausflug,
- Mutwillige Beschädigungen und Zerstörungen werden nicht mehr repariert.

Selbst wenn wir alle diese Maßnahmen umsetzen würden, hätten wir die Finanzierungslücke noch nicht geschlossen. Dabei ist es selbstverständlich, dass eine Streichung der meisten hier aufgeführten Positionen nicht in Frage kommt. Wir sind auch noch lange nicht in einer Situation, in der alle freiwilligen Leistungen der Gemeinde gestrichen werden müssten. Vor allem gehen wir davon aus, dass unsere finanzielle Situation ab dem Jahre 2012, spätestens aber ab 2013 wieder in geordneten Verhältnissen sein wird. In einigen Fällen wäre aber durchaus zu überlegen, ob eventuell eine vorübergehende Kürzung von Zuschüssen bzw. Erhebung von Gebühren bzw. eine Optimierung der Ausgaben in Betracht kommt.

Dabei steht für uns eine Erhöhung der Gewerbesteuer außer Frage. Dies wäre geradezu kontraproduktiv und würde einen Aufschwung stark gefährden. Zumindest wäre die Gefahr dafür zu groß.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir sind der Meinung eine sinnvolle Kombination zwischen Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen ist der richtige Weg. Dabei steht für uns fest, dass die bisherige Förderung bzw. die bisherige Höhe der Einnahmen wieder herzustellen ist, sobald dies die finanzielle Lage der Gemeinde Tamm wieder zulässt.

Herr Bürgermeister, ich fordere Sie auf, noch vor der Sommerpause auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses den Punkt „Weitere Einsparmöglichkeiten im Ausgabenbereich“ zu setzen. Wir möchten nämlich erreichen, dass der nächste Haushaltsplan bereits – wie in früheren Jahren üblich – im Dezember 2010 eingebracht wird. Ich hoffe, meine jährliche Aufforderung fällt diesmal auf fruchtbaren Boden und geht nicht zum einen Ohr hinein und zum anderen Ohr wieder hinaus.

Ich darf Sie auch daran erinnern, in absehbarer Zeit dem Gemeinderat bitte einen Kostenvoranschlag vorzulegen, um festzustellen, ob von einem externen Unternehmer die Bestattung nicht kostengünstiger erfolgen kann.

Schließlich möchte ich noch bemerken, dass – wie bei den Vorberatungen erfolgt – es aus unserer Sicht nicht ausreicht, die Senkung der Personalkosten zu fordern. Es muss schon im Einzelnen gesagt werden, welcher Bereich gekürzt oder gestrichen werden soll. Eine Gemeinde ist ein Dienstleistungsbetrieb. Anders als in der Industrie, wo Mitarbeiter entlassen werden, wenn die Auftragslage sinkt und deshalb weniger Waren produziert werden, bleiben bei der Gemeinde die Aufgaben im gleichen Umfang bestehen, auch wenn die Einnahmen wegen einer Finanzkrise erheblich zurückgehen. Nur als Beispiel, die Zahl der

Kinder verringert sich nicht wegen der Finanzkrise und der Streudienst muss weiterhin in der ganzen Gemeinde tätig werden.

Zu 4.:

Ich glaube, mit meinen Ausführungen bereits klar gemacht zu haben, dass aus unserer Sicht die Gemeinde Tamm finanziell gesehen noch lange nicht am Ende ist. Wir müssen zwar dieses Jammertal durchlaufen, aus unserer Sicht ist aber bereits ein Ende dieser ganz besonders schwierigen Situation in Sicht.

Das bedeutet, wir sollten nicht die Hände in den Schoß legen und nichts mehr unternehmen, sondern im Gegenteil bereits jetzt die Aufgaben der nächsten Jahre planerisch angehen, damit diese (z.B. die nächste Sanierung, die Schaffung eines Bürgerparks) nach Beendigung der Finanzkrise sofort umgesetzt werden können. Packen wir es an, es lohnt sich immer noch.

Zum Schluss noch ein kurzer Verweis auf die Eigenbetriebe Wasser und Abwasser. Wir stimmen der Wirtschaftsplänen zu.

Schließlich möchte ich mich persönlich und im Namen der Fraktion bei der Kämmerin und ihrem Team für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung dieses Haushaltsplans bedanken, verbunden aber mit der dringenden Bitte, den nächsten Haushaltsplan im Dezember 2010 vorzulegen.